



Fraktionsvorsitzender
Joachim Euler, Kurfürstenstraße 5, 53913 Swisttal

Swisttal, 15. April 2013

Stellungnahme der SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Swisttal zur Haushaltssatzung 2013 mit Anlagen und zum Haushaltssicherungskonzept

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Fraktionskolleginnen und -kollegen,

zunächst möchte ich mich auch dieses Jahr wieder ausdrücklich bei den in der Verwaltung damit befassten Beamten und Angestellten für die umfassende Arbeit bedanken, die nicht nur für die Erstellung der Haushaltssatzung nebst Anlagen zu erbringen war, sondern auch für die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer die diesjährigen Haushaltsberatungen verfolgt hat, konnte feststellen, dass zwischen den Parteien weitgehend Übereinstimmung herrscht, was die grundlegende Richtung eines in 10 Jahren ausgeglichenen Haushaltes bzw. das Erreichen eines genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzeptes betrifft. Für das Wiedererreichen der gemeindlichen Selbstverwaltung ist die Erlangung eines Haushaltsausgleiches innerhalb der nächsten 10 Jahre und damit die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssicherungskonzeptes von maßgeblicher Bedeutung und daher auch das Ziel der SPD-Fraktion.

Über das Wie und Wann bestehen jedoch deutliche Auffassungsunterschiede.

Die Rahmenbedingen für die diesjährigen Haushaltsberatungen sind gegenüber den Vorjahren weitgehend unverändert schlecht. Wenngleich die Kreisumlage gegenüber der Einbringung des Kreishaushaltes reduziert wurde, muss die Gemeinde auch weiterhin ein jährliches Defizit von knapp 4 Mio. Euro feststellen.

Unverändert fordert die SPD-Fraktion eine Änderung der Gemeindefinanzierung. Trotz der erdrückenden Soziallasten sind die Kommunen bei der schwarz-gelben Bundesregierung mit ihrem Wunsch auf Entlastung auf taube Ohren gestoßen. Erst im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat gelang es im Jahr 2011, die Übernahme dieser Kosten schrittweise bis 2014 durchzusetzen. Vielleicht gelingt nach der Bundestagswahl ein weiterer Entlastungsschritt, indem die Eingliederungshilfe für die Integration von Menschen mit Behinderungen ebenfalls weitgehend vom Bund finanziert wird.

Ob der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück zudem sein Versprechen wahr machen kann, bei einem Wahlgewinn sofort Maßnahmen auf Bundesebene zu ergreifen, um für die Kommunen etwa 20 Milliarden Euro mehr zu mobilisieren, bleibt abzuwarten. Kurzfristig wird Swisttal wohl eigene Maßnahmen ergreifen müssen.

Die Einschätzung des Bürgermeisters, dass dabei weitere Ausgabenkürzungen lediglich in begrenzter Höhe möglich sind und dies nur in einem derart geringen Umfang, dass damit kein Haushaltsausgleich zu erreichen ist, wird von uns geteilt.

Auch der Verzicht auf eine neue Sportanlage zwischen Buschhoven und Morenhoven würde mittelfristig keinen Haushaltsausgleich ergeben.

Das heißt, ohne massive Einnahmenerhöhungen ist kein ausgeglichener Haushalt möglich!

Ein mittelfristiger Haushaltsausgleich ist nur durch deutliche Verbesserungen auf der Einnahmenseite zu erreichen. Diese Einnahmenverbesserungen sind einerseits dadurch möglich, dass die bereitgestellten Leistungen einerseits finanziell genau bewertet und andererseits mittels gezielter Gebühren und allgemeiner Steuern sozialverträglich gegenfinanziert werden.

Selbst die geplanten massiven Steuererhöhungen im jetzigen Haushaltssicherungskonzept führen bis 2023 maximal zu jährlichen Mehreinnahmen von rd. 3 Mio. € gegenüber dem Planansatz 2012. Dies sind aber lediglich rd. 3/4 des jährlichen Defizits. Weitere Einnahmenverbesserungen und Einsparungen sind unumgänglich.

Vor Einführung eines solchen Systems muss dieses den Bürgern erläutert werden und dem Eindruck einer undifferenzierten Verteuerung und Abschöpfung entgegen gewirkt werden.

Das jetzige Konzept enthält in Qualität und Quantität Festlegungen, die durch die SPD-Fraktion so nicht mitgetragen werden können (z.B. Konzessionsabgabe Wasser = verdeckte Besteuerung und Missbrauch der Wassergebühren).

Es ist darüber hinaus in vielen Aspekten mehr als unglaubwürdig, z.B. Minderausgaben Musikschule, Mehreinnahmen Bürgerhäuser, zeitlich unrealistische Grundstücksverkäufe zur Refinanzierung der neuen Sportanlagen, Abbau Überstunden und Urlaubsansprüche, keine Investitionen ab 2018 (2016-17 nur Wasser).

Viele Annahmen und Spekulationen sind auf der Basis heutiger Erkenntnisse absolut unhaltbar und lediglich auf das gewünschte Ziel ausgerichtet.

Ein Haushaltssicherungskonzept, welches jedoch lediglich dazu dienen soll, den jährlichen Kreditrahmen zu erhöhen und damit ohne tatsächliche Zukunftsfähigkeit die Schulden für die nächsten Generationen zu erhöhen, ist abzulehnen.

Der SPD-Antrag, für das Jahr 2013 noch im Nothaushalt zu verbleiben und zunächst durch sofortige Einberufung des Arbeitskreises Finanzen - ggf. erweitert um beauftragte oder gewählte Vertreter bestimmter Vereins- und Bevölkerungsgruppen - ein tragfähiges Haushaltssicherungskonzept zu erarbeiten und in Bürgerforen ähnlich dem neuen Flächennutzungsplan zu diskutieren, wurde abgelehnt. Es wurde damit die Chance vertan, die Bürger und Bürgerinnen mitzunehmen und ein Verständnis für die drastischen Maßnahmen zu erreichen.

Ich betone, dass es nicht darum geht, einen Bürgerhaushalt zu realisieren oder die Verantwortung auf die Bürger und Bürgerinnen zu verlagern. Aber sie sollten zumindest die Gelegenheit erhalten, darüber mitzureden, für welche Leistungen sie zukünftig in welcher Priorität deutlich höhere Belastungen in Kauf nehmen oder auch: auf welche Leistungen sie unter diesen Bedingungen vorrangig verzichten würden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der konkrete Haushalt 2013 wird maßgeblich davon bestimmt, ob die Kommunalaufsicht den Ansatz des Haushaltssicherungskonzeptes mit seinen zahlreichen Luftnummern akzeptieren wird und damit der Gemeinde wieder die Möglichkeiten einräumt, weitere Kredite aufzunehmen und Investitionen zu tätigen.

Einen zentralen Punkt für das laufende Jahr stellt die Umsetzung des neuen Sportstättenkonzeptes dar. Die SPD-Fraktion steht auch weiterhin zu der Aussage, die Fußballplätze in den drei großen Ortsteilen - beginnend mit Odendorf - sukzessive mit Kunstrasenplätzen zu sanieren.

Den Neubau einer Sportanlage zwischen Buschhoven und Morenhoven lehnen wir weiterhin als weder bedarfsgerecht noch finanzierbar ab.

Im jetzigen Haushalt sind für das Jahr 2015 erwartete Einnahmen aus der Veräußerung des jetzigen Sportplatzes Buschhoven in Höhe von 2.964.000 € eingeplant. Für die Grundstücksankäufe für das neue Sportplatzgelände und die Zuwegung sind für dieses Jahr 454.000 € und für die Baukosten beider Maßnahmen insgesamt 2.510.000 € in diesem und im nächsten Jahr im Haushalt veranschlagt. Das heißt allein für Buschhoven betrachtet: die veranschlagten Aufwendungen übersteigen bereits jetzt die erwarteten Einnahmen. Selbst dieses Projekt ist ohne Zuwendungen aus dem Verkauf der Sportplätze in Morenhoven und Miel nicht auskömmlich. Die Finanzierungskosten, die die erwarteten zwei Jahre sicherlich deutlich überschreiten werden, sind dabei ebenso wenig berücksichtigt, wie die auch in diesem Projekt zu erwartenden Ausgabensteigerungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie bereits in den Haushaltsberatungen angekündigt, kann die SPD-Fraktion den Haushaltsentwurf 2013 und die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes aus den genannten Gründen nicht mittragen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.